



Titel: **Debatte: Lehren in der Krise und Perspektiven für 2018**

Datum: 10.11.2017
Uhrzeit: 19:30 Uhr

Podium/Input: Veronica Ferreira (SOS Corpo Recife)
Valdir João Silveiro (Pastoral Carcerária Nacional – PCN)
Leonardo Rezende Farabotti (Conselho Nacional dos Metallurgicos CNM/CUT)
Júlia Castro (Processo de Articulação - PAD)
Moderation: Fabian Kern (KoBra)
Protokoll: Dieter Gawora

Wir müssen uns die Hoffnung zurückerobern!

Diesen Satz formulierte Veronica Ferreira von SOS Corpo in ihrem Schlussstatement und fasste damit prägnant die Debatte des Eröffnungsplenums zusammen, welches insgesamt eine pessimistische Perspektive für die nähere Zukunft vermittelte. Die Referierenden legten nahe, dass aus dem “Land der Zukunft” - derzeit zumindest - ein “Land der verlorenen Hoffnung” geworden ist. Dramatischer kann die brasilianische Krise wohl kaum formuliert werden. Im Vordergrund der Beiträge der vier eingeladenen Gäste aus der Gefängnispastorale, der feministischen Bewegung, der Metallarbeitergewerkschaft und der juristischen Beratung stand die Analyse des Abbaus von Rechten, die aus den verschiedenen Blickwinkeln betrachtet wurden.

Júlia Castro von PAD erläuterte, dass es zum Verstehen der (demokratischen) Krise unbedingt notwendig sei, sich daran zu erinnern, welche Fortschritte in den letzten Jahrzehnten erreicht wurden. Deren wichtigste regelmäßige Wahlen und funktionierende Institutionen seien. Heute funktionieren die Institutionen nicht mehr gemäß der Verfassung und selbst der regelmäßige Wahlturnus scheint nicht mehr absolut gesichert. Die Institutionen hätten sich von der Gesellschaft entfernt und verweigerten sich den Dialog. Zudem sei der Dialog innerhalb der Zivilgesellschaft sehr schwierig geworden. Derzeit gebe es zum Beispiel kaum ein Instrument Frauenorganisationen, die für die Legalisierung der Abtreibung eintreten, mit fundamentalistischen Gruppen an einen Gesprächstisch zu bringen. Eine Perspektive auf Bundesebene sieht sie derzeit kaum und selbst dem Generalstreik im April attestiert sie keinen Erfolg. Sie denkt die sozialen Bewegungen müssen “drei Schritte zurückgehen” und wieder verstärkt auf lokaler Ebene agieren.

Veronica Ferreira von SOS Corpo hob die Geschwindigkeit der Zerstörung der Rechte hervor, die sich vor kurzem noch kaum jemand vorstellen konnte. Resultat des Rechteabbaus sei u.a. ein wachsender Rassismus, das Anwachsen sexueller Gewalt und Homophobie, deren Opfer Frauen, Homosexuelle und Transgender seien. Die Reform der Sozialgesetzgebung wird es für viele Frauen aus einfachen Arbeitsverhältnissen (Hausangestellte etc.) sehr schwer machen überhaupt die verschärften Grundvoraussetzungen zu erfüllen um eine Rente zu erhalten. Der Putsch sei daher auch als patriarchaler Putsch zu verstehen, deren sichtbarer Ausdruck das Kabinett der weißen Männer von Temer sei. Eine der Strategien der Regierung sei die Enteignung einst fortschrittlicher Einrichtungen u.a. werde das Sekretariat für Frauenfragen in der Regierung heute von einer evangelikalen Fundamentalistin geleitet.

Leonardo Rezende Farabotti (CNM/CUT) betonte, dass die aktuelle Krise auch ein Generationenkonflikt sei, da viele der Jüngeren kein Verständnis der harten Kämpfe der Vergangenheit für die politischen und sozialen Rechte hätten.

Valdir João Silveiro (Pastoral Carcerária Nacional – PCN) von der Gefängnispastorale belegte an einer Reihe von Zahlen, dass sich in den Gefängnissen die rigide Selektion der Klassengesellschaft Brasiliens potenziert zeige. 80% der Inhaftierten seien schwarze jugendliche Marginalisierte und viele von ihnen seien zudem Analphabeten. Das Anwachsen der Zahl der Inhaftierten um 350% von 144 Tausend (1992) auf 550 Tausend (2012) verschärfe die Situation der Gefangenen dramatisch. Erschreckend hoch ist mit 40% die Zahl der Untersuchungsgefangenen, die auf ihren Prozess warten. Die Bedingungen in den Zellen seien nur schwer erträglich. Er war in Zellen mit bis zu 55 Insassen ohne ein Minimum an sanitäre Installation. In vielen Fällen fehle die Versorgung mit grundlegendsten hygienischen Artikeln. Besonders leiden Schwangere und Frauen mit Kleinkindern. Die Privatisierung der Gefängnisse verschärfe die Situation. Besuche von Angehörigen in den Gefängnissen sind mit entwürdigenden Personenkontrollen bis hin zum Intimbereich verbunden. Das nicht funktionieren der Gefängnisse hat dazu geführt, dass die organisierte Kriminalität in ihnen faktisch die Macht übernommen hätte. Die gesamte Situation provoziere Gefängnisrevolten, die dann brutal niedergeschlagen werden.

Nachfragen und Kommentare waren nicht ganz so pessimistisch und zeigten zumindest für Teilbereiche Handlungsoptionen auf. Von allen vier Gesprächsteilnehmern wurde auf Nachfrage deutlich darauf hingewiesen, dass sie in dieser schwierigen Situation auf internationale Solidarität und internationale Unterstützung durch Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit angewiesen sind. Unglücklicherweise zögen sich aber eine seit einigen Jahren zunehmend europäische Organisationen aus der Kooperation zurück.